

Pressespiegel zum Breitbandprojekt

Kommunen fordern Geld für schnelles Internet

Technologie Landkreistag vermisst konkrete Maßnahmen zum Breitbandausbau – Digitale Agenda vorgestellt

Von unserer Berliner Korrespondentin Rena Lehmann

M Berlin/Rheinland-Pfalz. Kommunale Spitzenverbände üben heftige Kritik an der in Berlin vorgestellten „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung. Es fehlten „konkrete Maßnahmen“ für die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, sagte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager. Er forderte ein „ausreichend dotiertes Förderprogramm“. Die Bundesregierung wies die Kritik zurück.

Ziel der schwarz-roten Bundesregierung ist es, bis 2018 alle Haushalte mit Übertragungsraten von 50 Megabit pro Sekunde zu versorgen. Im ersten Schritt sollen vor allem ländliche Regionen profitieren. Die Industrie- und Handelskammer Koblenz forderte für Rheinland-Pfalz schnelle Internetzugänge von der Pfalz bis in die Eifel. Der Innenminister des Landes, Roger Lewentz (SPD), ließ mitteilen: „Rheinland-Pfalz stellt sich gern als Pilot-Land zur Verfügung, in enger Kooperation mit dem Bund exemplarisch für andere ländlich geprägte Regionen den Auf- und Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandinfrastrukturen voranzutreiben.“

Infrastrukturminister Alexander Dobrindt (CSU) zufolge liegt der Ausbaugrad auf dem Land bei 20 Prozent, in den Städten bei 80 Prozent. Laut Schätzungen würde ein bundesweiter Breitbandausbau 20 Milliarden Euro kosten. Dobrindt will im Herbst eigene Zahlen vorlegen. Nicht überall müsste der Ausbau mit der teuren Verlegung von Glasfaserleitungen einhergehen. In dünn besiedelten Regionen könnten bessere Übertragungsraten auch per Funk ermöglicht werden. Die Opposition kritisierte die Agenda als „folgenreiche Ankündigungspolitik“ (Linke) und als „Sammelsurium längst bekannter Positionen“ (Grüne).

Forum: Kommentar

Mehr auf Tages-Thema

Digitale Agenda: Über Geld spricht man nicht?

Experten verschätzen sich gern mal: „Computer der Zukunft dürfen nicht mehr als 1,5 Tonnen wiegen“, prophezeite eine Fachzeitschrift 1949, lag damit um den Faktor 1000 daneben und wurde dennoch getoppt vom Chef eines Computerkonzerns, der 1977 glaubte: „Es gibt keinen Grund, warum irgendjemand einen Computer in seinem Haus wollen würde.“ Inzwischen gibt es nahezu kein Haus mehr ohne Computer und etwas vor 20 Jahren Unerwartetes hat sie miteinander verbunden: das Internet. Doch noch immer ist es nicht überall verfügbar.

Gemeinden oder Stadtteile, die schlecht ans Internet angebunden sind, haben heutzutage einen erheblichen Standortnachteil, denn Internettrassen sind so wichtig geworden wie die Anbindung an das Verkehrsnetz. Der Unterschied ist bloß: Das Straßen- und Bahnnetz wird weit überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, das Internet dagegen ist in privater Hand, wenn auch teilweise staatlich reguliert. Daher regelt hier der Markt und nicht der Gedanke an das Gemeinwohl die Verhältnisse. Wo also nichts zu verdienen ist, werden keine neuen, teuren Leitungen verlegt, es sei denn, der Staat hilft mit Subventionen aus. Aber über Geld spricht man nicht in der Digitalen Agenda, dem Pflichtenheft der Bundesregierung. Stattdessen sollen Funkfrequenzen an investitionswillige Unternehmen versteigert werden, die ländliche Gebiete ans Netz bringen sollen. Doch Mobilfunk, also LTE mit seinen 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), ist nur eine Notlösung: Die 50 Mbit/s muss man durch die Zahl gerade aktiver Kunden teilen, da bleibt manchmal nicht viel übrig. Obwohl viele Anwender froh wären, wenigstens ein paar Megabit pro Sekunde durch die Leitung schicken zu können, so schlecht ist ihre heutige Anbindung – übrigens nicht nur auf dem Land, sondern auch in so manchem Stadtteil! Fazit: So vage, wie die Agenda formuliert wird, ist sie hinsichtlich des Netzausbaus nur eine wohlmeinende Absichtserklärung, von denen wir schon etliche erlebt haben.

Die schnellste Internetanbindung nützt nichts, wenn die Daten nicht sicher sind. Hier wird die Digitale Agenda konkreter und schafft Störungsmeldepflichten für Unternehmen und mehr als 300 neue Planstellen für IT-Sicherheit bei Bundesbehörden, davon mehrere Dutzend ausgerechnet beim umstrittenen Verfassungsschutz. Dabei hatte schon vor drei Jahren der damalige Bundesinnenminister Friedrich behauptet: „Wir sind gerüstet“, als das Bonner „Cyber-Abwehrzentrum“ in Betrieb ging. Der Minister erweckte den Eindruck, eine reaktionsschnelle Task-Force gegen Internetattacken hätte ihre Arbeit aufgenommen. Vor wenigen Wochen urteilte der Bundesrechnungshof, dass außer Millionen Euro Spesen nichts gewesen sei – viele Kaffeerunden, wenige Handlungsempfehlungen. Aber da arbeiten ja auch nur zehn Beamte...

Y E-Mail: jochen.magnus@rhein-zeitung.net

Schnelles Internet – Existenzfrage für Kommunen

Breitband Ausbau im ländlichen Raum oft unwirtschaftlich - Glückliche Fügung im Westerwald - Rhein-Lahn-Kreis setzt auf Förderung

Von unserem Redakteur Andreas Jöckel

M Westerwald/Rhein-Lahn. Beim Breitbandausbau ist der Druck auf die Kommunen groß: Wo kein schnelles Internet verfügbar ist, können Bürgermeister heute kein Bauland mehr verkaufen oder um Einwohner werben, geschweige denn neues Gewerbe ansiedeln. Für die meisten Menschen ist der flotte Zugang zum Datennetz ein Muss. Und das nicht nur für Menschen, die es beruflich brauchen, oder junge Familien, deren Kinder online spielen wollen. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen lebensnotwendige Techniken wie die Telemedizin gerade auf dem Land von zunehmender Bedeutung sein.

Zwei unterschiedliche Wege zum Ausbau haben der Westerwaldkreis und der Rhein-Lahn-Kreis eingeschlagen. Der Westerwald kann zunächst auf ein Privatunternehmen setzen – allerdings ohne Gewähr auf ein vollständiges Netz. Gerade Letzteres hat sich der Rhein-Lahn-Kreis auf die Fahnen geschrieben, ist aber auf Fördergelder angewiesen.

Glückliche Fügung

Für den Westerwaldkreis ist es eine glückliche Fügung, dass auch das Stromnetz der Zukunft schnelle Datenleitungen braucht. Denn der Betreiber muss blitzschnell analysieren können, wo welche Energiemengen erzeugt und wo diese gerade gebraucht werden. Indirekt können davon bald auch Internetnutzer profitieren. Denn der Grundversorger im Westerwaldkreis, die Energieversorgung Mittelrhein (EVM), verlegt in den kommenden Jahren nicht nur Glasfaserleitungen zu allen Netzanlagen, sondern auch in mehr als 150 Gemeinden im Kreis. Damit werden Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit pro Sekunde und mehr möglich sein.

Mit dem Ausbau des Glasfasernetzes haben die EVM und die Kevag Telekom (KTK) 2013 eine weitere Breitbandoffensive im Westerwald gestartet. Im Jahr 2005 hatten die Unternehmen das reine Kabelfernsehnetz für schnelle Internetzugänge ausgebaut. Mit dem neu gestarteten Projekt sollen mehr als 150 der 192 Gemeinden eigene Glasfaserleitungen erhalten. In den Ausbau investieren die Unternehmen rund 18 Millionen Euro. Laut KTK-Geschäftsführer Bernd Gowitzke wird es voraussichtlich bis 2019 dauern, um die insgesamt 250 Kilometer Glasfaser zu verlegen. Zwar bietet die Kevag Telekom bereits schnelle Breitbandzugänge via Kabel für Privatkunden und Gewerbetreibende zwischen 6 und 32 Mbit/s an. Nach und nach soll es mit dem Glasfaserausbau dann aber Internetzugänge mit Geschwindigkeiten von 100 Mbit/s und mehr in weiten Teilen des Westerwaldkreises geben.

Auch für die Firmen und Unternehmen im Westerwaldkreis ergeben sich im Zuge der Glasfaserverlegung neue Möglichkeiten: Im Rahmen der Ausbaurbeiten sind laut Kevag Telekom sowohl die Schließung von „weißen Flecken“ wie etwa Gewerbegebiete ohne schnellen Breitbandzugang als auch die direkte Anbindung von Unternehmen an das Glasfasernetz geplant. In der Verbandsgemeinde Montabaur haben die VG-eigene VGM-net und die Kevag Telekom bereits mit dem Ausbau eines VDSL-Netzes begonnen. Die Arbeiten sollen noch im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Dort werden rund 2,6 Millionen Euro in ein rund 36 Kilometer langes Glasfasernetz investiert, sodass etwa 13 000 Einwohner mit schnellem Internet versorgt werden können.

Ehrgeizige Ziele

Auch der Rhein-Lahn-Kreis will an seinem ehrgeizigen Ziel festhalten, bis 2018 fast alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen. Doch er ist dabei auf öffentliche Gelder angewiesen. Weil der vollständige Breitbandausbau im ländlichen Raum für Unternehmen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann, sind Zuschüsse von EU, Bund und Land nötig. Rheinland-Pfalz will den Ausbau als Pilotprojekt fördern. Damit dies konform zum EU-Wettbewerbsrecht bleibt, wurde juristischer Beistand hinzugezogen.

Die Versorgung mit Internetzugängen zählt zur Daseinsvorsorge. Diese obliegt laut Gesetz den Städten und Gemeinden. Damit der Landkreis das Projekt federführend in die Hand nehmen kann, haben mittlerweile alle Ortsgemeinden ihre Kompetenz an die Verbandsgemeinden übertragen. Die sieben VGs und die Stadt Lahnstein, die im Lenkungsausschuss vertreten sind, haben letztlich den Kreis im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages beauftragt.

Im nächsten Schritt sind die Telekommunikationsunternehmen am Zug. Diese können nun Angebote abgeben, welche noch unterversorgten Bereiche des Landkreises sie in Eigenregie ausbauen wollen. Acht Firmen haben dazu ihr Interesse bekundet. Was dann an vermutlich unwirtschaftlichen Netzgebieten außen vor bleibt, muss vom Kreis als Auftrag ausgeschrieben und mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Gerade für Letzteres gilt strenges EU-Beihilferecht, das zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Damit es nicht zu wettbewerbsrechtlichen Beanstandungen aus Brüssel kommt, hat der Kreistag eine erfahrene Anwaltskanzlei als Berater engagiert, die bereits Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt hat, etwa beim gerade gestarteten Breitbandprojekt im hessischen Nachbarkreis Limburg-Weilburg.

Überall Hochgeschwindigkeit

Die Aufträge sollen im ersten Quartal 2015 vergeben werden. Danach soll der Rhein-Lahn-Kreis innerhalb von drei Jahren über ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz verfügen. Vorgesehen ist, dass 75 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/Sekunde für Downloads versorgt werden, 95 Prozent mit mindestens 30 Mbit/Sekunde. Zum Upload sollen mindestens 20 beziehungsweise 10 Mbit/Sekunde zur Verfügung stehen. Laut Machbarkeitsstudie muss in mindestens 99 Orten ausgebaut werden. Dazu müssen rund 290 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden. Als Anschubfinanzierung hat der zuständige Kreistag im Haushalt für 2014 und 2015 bereits jeweils 500 000 Euro bereitgestellt. Wie teuer der öffentlich geförderte Ausbau letztlich sein wird und welchen Anteil die Kommunen daran tragen müssen, lässt sich aber noch nicht sagen.

Im Detail

Bayern macht es vor

Es ist paradox und der Breitbandausbau im ländlichen Raum ein Paradebeispiel dafür: Wo der Wettbewerb versagt, macht die EU mit ihrem Wettbewerbsrecht den Kommunen das Leben schwer, die den Ausbau vorantreiben wollen. Aber die Blockade aus Brüssel kann auch aufgehoben werden: Die bayerische Staatsregierung hat ihre eigenen Leitlinien rechtzeitig angepasst, von der EU-Kommission genehmigen lassen und pumpt bis zu 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau. aj

Energiewende braucht ein flottes und sicheres Datennetz

Früher waren Stromnetze von der Logik her einfach gestrickt und mit Wasserleitungen vergleichbar. Irgendwo gab es ein Kraftwerk, das je nach Bedarf eine bestimmte Menge Strom erzeugte und von dem aus alle Leitungen in eine bestimmte Richtung verzweigt zu den Endverbrauchern führten. Mit der Erzeugung erneuerbarer Energien hat sich das geändert. Jetzt gibt es immer mehr kleinere, dezentrale Erzeuger wie Windräder oder Solardächer. Die können je nach

Wetterlage stark schwankende Mengen an Strom produzieren, der zu den Verbrauchsstellen mit schwankendem Bedarf geleitet wird. Software muss alle diese Daten ständig analysieren und für die Mitarbeiter in den Netzleitstellen transparent machen. Zum Transport der Datenmengen werden schnelle und sichere Internetleitungen gebraucht. aj

Der lange Weg des Glasfaserkabels

Technik Für viele Internetdienste braucht man heute eine schnellere Übertragung als 2 Megabit pro Sekunde

M Berlin. Die Bundesregierung hat in ihrer digitalen Agenda den Ausbau von schnellem Breitbandinternet zu einem wichtigen Ziel erklärt. Worum geht es dabei?

Wie schnell muss Breitbandinternet sein?

Die Bundesnetzagentur setzt die Grenze bei 2 Megabit pro Sekunde (Mbit/s). Doch für viele Internetdienste reicht das nicht. „Filme oder Fernsehprogramme übers Netz schauen, das können Sie damit nicht“, sagt Klaus Landefeld vom Internetverband eco. Auch Unternehmen und Handwerker klagen über das Schnecken tempo im Netz.

Wie kommt das schnelle Internet zu den Nutzern?

Glasfaserkabel ermöglichen eine besonders schnelle Übertragung von Daten. Sie zu verlegen, ist allerdings teuer. Viele Anbieter nutzen eine Technik namens „Vectoring“, um mehr Tempo aus den bestehenden Kupferleitungen herauszuholen. Dabei werden Glasfaserkabel bis zu den grauen Verteilerkästen am Straßenrand verlegt. Die letzten Meter in die Wohnungen laufen über Kupferkabel. Schnelle Internetanschlüsse gibt es auch über das Kabelnetz für den Fernsehempfang. Dabei werden Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s angeboten. Auf dem Land oder in Küstengegenden hilft die Mobilfunktechnik LTE, größere Distanzen zu überbrücken. Allerdings hängt die tatsächliche Geschwindigkeit auch davon ab, wie viele Nutzer gleichzeitig über einen LTE-Funkmast ins Netz gehen. Je mehr es sind, desto weniger Geschwindigkeit erhält jeder Einzelne.

Warum hakt es beim Ausbau?

Die Technik flächendeckend auf den neuesten Stand zu bringen, kostet viel Geld. Für die Telekommunikationsunternehmen lohnt sich das wirtschaftlich oft nur in dicht besiedelten Gebieten. Die Telekom fordert für den Netzausbau folglich staatliche Unterstützung in Milliardenhöhe.

Was steht noch in der digitalen Agenda der Bundesregierung?

Das mobile Internet über WLAN soll ausgebaut werden. Die Regierung will Rechtssicherheit für Anbieter solcher WLANs in öffentlichen Räumen schaffen, etwa Flughäfen, Hotels oder Cafés. Sie sollen grundsätzlich nicht für Rechtsverstöße ihrer Kunden bei der Internetnutzung haften. Geplant ist zudem, kritische Infrastrukturen wie Energie- oder Telekommunikationsnetze besser vor Cyberangriffen zu schützen. Und: Bürger sollen mehr Möglichkeiten bekommen,

Behördendinge auf elektronischem Weg zu erledigen. Gefördert werden soll auch die Entwicklung digitaler Ideen. Das Infrastrukturministerium stellt ab 2015 dafür 100 Millionen Euro für Kreative bereit.

Leserstimmen

„In Anbetracht der Tatsache, dass ich aus dienstlichen Gründen unbedingt auf einen schnellen und stabilen Internetanschluss angewiesen bin, stellt dieser Zustand für mich einen untragbaren Zustand dar.“

Leser Friedhelm Wanger aus Reich im Rhein-Hunsrück-Kreis, dem die Deutsche Telekom bedauernd mitteilte, ein DSL-Anschluss sei zurzeit leider nicht möglich

„Wir hatten es nicht für möglich gehalten, dass in einem Neubaugebiet einer Großstadt wie Koblenz die Basisversorgung einer Digitalisierung nicht für alle Haushalte vorgesehen ist.“

Leser Michael Naber will 2015 in ein Neubaugebiet auf dem Koblenzer Asterstein ziehen. Eine DSL-Versorgung über die Telefonanschlüsse sei aber in den Neubauten zum Teil von der Telekom nicht vorgesehen, weil es zu wenige Ports gebe. Die Haushalte müssen versuchen, eine Funkverbindung zu bekommen – was teurer, langsamer und unzuverlässiger ist.

Leserstimmen

„Ich wohne in Neuwied im Industriegebiet Distelfeld. Meine unmittelbaren Nachbarn sind McDrive und Elektrogroßhandel Hagemeyer. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich das Postfrachtzentrum. Man könnte erwarten, dass bei solcher Nachbarschaft ein breitbandiges Internet kein Problem sein sollte. Jedoch habe ich gerade mal eine 1-Mbit-Leitung.“

Leser Andreas Junge versteht nicht, warum die bestehenden Leitungen in seinem Wohnumfeld nicht gleich mit der Erschließung des Gewerbegebietes ausgetauscht worden sind. Seine Wohnung liegt ganze 20 Meter (!) Luftlinie von dem Elektrogroßhandel entfernt.



Sie wissen nicht, mit welcher Leitungsgeschwindigkeit Sie surfen können? Unter <http://speedtest.t-online.de> und <http://www.speedtest.net/de/> können Sie im Internet Ihre Verbindung testen.



Schnelles Internet in den ländlichen Raum zu bringen, wird für die Kommunen immer wichtiger. Hier verlegt die eigens von der Verbandsgemeinde Montabaur gegründete VGM-net in Zusammenarbeit mit dem Netzbetreiber Kevag Telekom Glasfaserkabel zwischen Großholbach und Heiligenroth. Der Rhein-Lahn-Kreis will den flächendeckenden Ausbau im kommenden Jahr auf den Weg bringen.Foto: Andreas Jöckel